

Die Gleichschaltung – „großes zukunftssträchtiges Werk“

HLZ und Gesellschaft der Freunde auf dem Weg in den Nationalsozialistischen Lehrerbund

Die Machtübernahme der NS-DAP am 30.1.1933 führte in der *Hamburger Lehrerzeitung* nicht zur sofortigen Einstellung jeglicher Kritik an den neuen Machthabern und ihrer Politik. Zwar hatte sich in den Vormonaten bereits eine zunehmende Tendenz zum Zurückweichen vor NS-Positionen gezeigt (vgl. S. 38ff. dieser hLz). Bis Mitte März 1933 blieb die HLZ jedoch ihrem bisherigen Kurs treu. Neben vielen Beiträgen zu pädagogischen Fragen gab es Informationen über Maßnahmen der neuen Regierung, die teilweise mit offenen Worten kritisiert wurden.

Ein aktives Vereinsleben gab es Anfang 1933 aber kaum noch in der *Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg*

(GdF). Im Vorstand, der 1932 keinen entschiedenen Kampf gegen die faschistische Gefahr mittragen wollte, wuchs inzwischen die Sorge um die Vermögenswerte der GdF: die sozialen Kassen und das Curiohaus.

„Dolchstoß gegen Berufsverbundenheit“

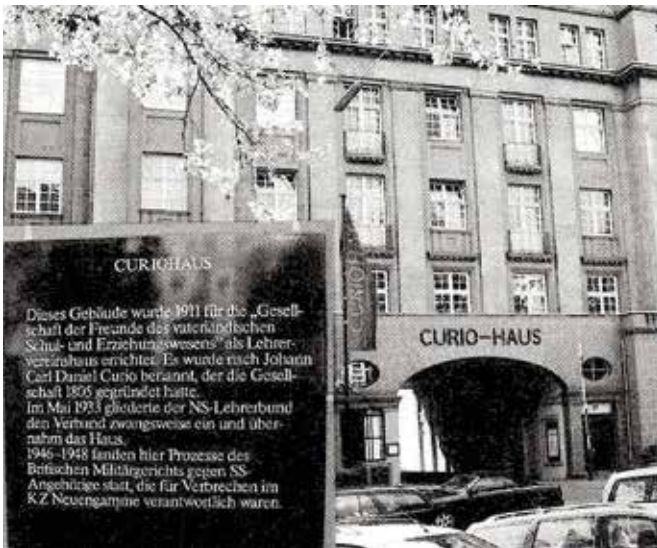
Zur Ernennung Hitlers als Reichskanzler druckt die HLZ am 4.2.1933 ein kurzes Telegramm an Reichspräsident Hindenburg vom 27.1. ab. Darin warnen der ADGB und andere Gewerkschaftsverbände vor der „Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung“ (HLZ 5/1933).

In der gleichen Ausgabe wird aus mehreren Ländern des Reiches berichtet, dass NS-Regie-

rungen einen weiteren Gehaltsabbau und die Aufhebung der kollegialen Schulleitung vorbereiten. Im Aufruf zur Neuwahl des Beamtenrats in Hamburg fordert die von der GdF geführte „Liste Vereinigter Lehrverbände“ dazu auf, Beamtenrechte entschieden zu verteidigen. Zwei Wochen später kann die HLZ einen deutlichen Sieg der Gewerkschaftsliste verbuchen: Trotz geringer Wahlbeteiligung gewinnt sie bei den Lehrern vier Sitze, der „Nationale Block“ nur einen (HLZ 7/1933).

Als Warnung druckt die HLZ gleichzeitig einen Aufruf des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) zur Denunziation von KollegInnen ab, die sich abfällig über Adolf Hitler geäußert haben. Titel: „Dolchstoß gegen Berufsverbundenheit und gegenseitiges Vertrauen“. Die Veröffentlichung führt zur Zurücknahme des Rundschreibens durch den NSLB (HLZ 8/1933).

Heftige Angriffe auf die im Schulwesen durchgeführten Reformen werden von HLZ-Autor Hecht entschieden zurückgewiesen („14 Jahre marxistischer Schulsumpf?“). Von einer „Vergiftung der kleinen Kinderhirne“ durch verseuchte Schulbücher und die „Einheitsschule der Marxisten“ werde gesprochen. Die Veränderungen in der Schule hätten aber nichts mit Parteipolitik zu tun. Die Einheitsschule gehe auf Kerschensteiner u.a. zurück, alle Vorwürfe seien unbewiesen. Hecht: „Aber vielleicht liegt unsere Schuld in dem verborgen, was wir absichtlich unterließen. Gern bekennen wir uns dazu,



„Zwangswaise“ in den NSLB? Es gab laut Protokoll nur drei Gegenstimmen bzw. sieben nach Erinnerung eines Teilnehmers (Bild: Info-Tafel am Curiohaus)

jede Kriegsverherrlichung und Völkerverhetzung unterlassen zu haben.“ (HLZ 7/1933)

Selbstzensur nach NS-Drohung

Ende Februar kritisiert die HLZ zum wiederholten Male Luftschutzübungen in den Schulen mit einem mutigen Beitrag von Dietrich Rothenberg, bekannt aus der KPD-nahen Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer (IOL). Wie das Beispiel Mecklenburg zeige, drohe die Einführung von Wehrsport an den Schulen. Die Jugend solle, so ein Ex-Major, von „pazifistischer Knochen-erweichung“ geheilt werden. Rothenberg ruft die Hamburger Lehrerschaft zum entschlossenen Widerstand gegen alle Dinge auf, „die nichts anderes zum Zweck haben, als der psychologischen, ideologischen und physiologischen Kriegsvorbereitung der Jugend zu dienen“. (HLZ 8/1933)

Der Artikel wird veröffentlicht, obwohl die NSDAP den noch amtierenden Senat in einer Bürgerschaftsanfrage drängt, dagegen einzuschreiten, dass „eine Zeitung gelesen wird, die offen die vom Reich gewünschte Luftschutzaufgabe boykottiert“. Im GdF-Vorstand wird in der Anfrage jedoch eine ernste Drohung an HLZ und GdF gesehen. In der Folge verzichtet die HLZ auf exponierte Kritik an der NS-Politik. Die LeserInnen werden in einem Bericht über das zwangsweise Ende einer anderen Zeitung darüber informiert, dass die „angenommene ‚Tendenz des Blattes‘ ausschlaggebend“ für ein Verbot sein könne (HLZ 9/1933).

„Deutsches Volkstum“ und „nationale Einheitsschule“

Im März 1933 – nach dem Reichstagsbrand und dem folgenden Terror gegen die Arbeiterbewegung – macht sich eine verstärkte Selbstzensur in der

Gleichschaltung der „Gesellschaft“

Der Vorsitzende begründete den Antrag in folgenden Darlegungen: Im Reich hat sich seit einigen Wochen eine Umwandlung vollzogen von einem ungewohnt großen Ausmaße. Kein Lebensgebiet wird davon ausgeschlossen, auch nicht das Schulwesen, auch nicht die Lehrerverorganisation. In Zukunft wird es im Deutschen Reich nur eine einzige allumfassende Lehrerverorganisation geben, die Lehrende vom Kindergarten bis zur Hochschule umfaßt. (...)

Der Sinn der Gleichschaltung ist dieser: Bei der Zielstrebigkeit, nicht ein Neben- und Durcheinander, sondern eine einheitliche geschlossene Willenshandlung herbeizuführen, ist es notwendig, die Vorstände so zu besetzen, daß Gewähr dafür geboten wird, daß die Einrichtungen im nationalsozialistischen Sinne gehandhabt werden. (...)

Der Vorstand empfiehlt den Eintritt also nicht nur wegen der Reichsvorschrift, sondern steht in ihm bewußt auf lange Sicht ein großes zukunftsträchtiges Werk.

Herr Kling beantragte Besprechung, die aber gegen drei Stimmen abgelehnt wurde. Gleichfalls gegen drei Stimmen wurde dann der Eintritt der „Gesellschaft“ in den Nationalsozialistischen Lehrerbund beschlossen. (...)

Brausender, nicht enden wollender Beifall unterstrich nicht nur den Appell zur Mitarbeit, (...)

Die Eingliederung in den NSLB wurde von der Hauptversammlung am 27.4.1933 einhellig beschlossen. Der große Beifall habe aber auch dem bisherigen Vorsitzenden Kuchler gegolten, der „unentwegt, selbstlos und geschickt viele Jahre für die hamburgische Lehrerschaft gearbeitet und gekämpft“ habe (HLZ 18/1933)

HLZ bemerkbar. Dennoch wird sie noch kein Organ zur Verbreitung von NS-Gedankengut. Nach dem Rücktritt der SPD-Senatoren am 3.3.1933 würdigt die HLZ die 14-jährige Arbeit von Schulsenator Emil Krause und betont, dass er sich klar zur Selbstverwaltung der Lehrerschaft bekannt habe (HLZ 10-11/1933).

In der gleichen Ausgabe verhält sich der frühere GdF-Vorsitzende Theodor Blinckmann in einem Rückblick über die Schulpolitik seit 1919 deutlich defensiv: Er weist insbesondere Kritik zurück, Lehrer würden an den Schulen nicht im nationalen Interesse erziehen.

Besonders deutlich wird der neue Kurs der HLZ in dem Beitrag „Programm“, der eine schulpolitische Richtschnur nach der Reichstagswahl vom 5.3.1933 liefert. Hierin wird u.a. die Forderung nach Selbstverwaltung der Schulen bekräftigt, was den NS-Zielen widerspricht. Der

ungenannte Autor (vermutlich Schriftleiter C. H. Müller) versucht jedoch, die Lehrerforderungen mit Aussagen von Hitler und anderen NS-Politikern in Einklang zu bringen oder sie national gefärbt zu begründen („nationale Einheitsschule“, „einheitliche nationale Grundschule“ u.a.m.). Die angebliche Nähe der Forderungen zu den Zielen der neuen Machthaber wird betont (siehe Dokumentation, S. 66 dieser hlz)

Gegen Bolschewismus und „jüdisches Leihkapital“

Im April 1933 macht die HLZ eine deutliche Wende, mit der die schrittweise Ausrichtung auf NS-Gedankengut vorangeht. Hintergrund ist unter anderem die deutlich repressivere Politik unter dem neuen Schulsenator Karl Witt (DNVP), die schon im März zur Säuberung von SPD-Mitgliedern aus der Schulverwaltung und zu 202 Versetzungen von LehrerInnen führt. Die

Hamburgischer Lehrertag

Herausgegeben und verlegt von der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg

12. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 11. März 1955

Nummer 10/11

Z a h l t : Schulplaner Emil Kersch. / Die hamburgische Volksschule seit 1919. / Programm. / Dolmetsertag. / Die Mädelarbeit. / Die volkspädagogische Arbeit.

Die Würfel der Reichstagswahl sind gefallen. Es ist von der Mehrheit des deutschen Volkes ein geschichtlicher Vorgang anerkannt worden, dem der Reichstagsleiter als die „nationale Revolution“ beizuhelfen hat. Wenn die Geschichte dieses Wort aufnehmen sollte, so hätte sie festzustellen, daß wir nach dem Weltkrieg in zwei Revolutionen eine Neugestaltung unseres Reiches versucht haben, und daß beide Male in einer auf breiterer Basis erfolgten Abstimmung diese Versuche vom Volke gutgeheißen worden sind. (...)

So sehen wir die Bedeutung der Wahl unter den zwei Zeichen der Bekräftigung der nationalen Zusammengehörigkeit und der Verpflichtung zu einem sozialen Wirtschaftsombau. Von diesem Wahlergebnis aus haben die neue Reichsleitung und der neue Reichstag ihr Programm aufzubauen. Der Reichstagsleiter selbst hat sich zu der Programmfrage mit zurückhaltenden Worten geäußert:

„Kein Programm kann ein Volk retten, das nicht selbst einmütig besteht und einmütig handelt. Über die Stände, über Besitz und Kapital, über Reichtum und Armut, über Bildung und Beförderung und über Konfessionen hinweg muß wieder eine gemeinsame Plattform gefunden werden. Sie kann nur liegen in dem Begriff: Deuts-

Programm.

Die Einheitschule ist freilich nur ein Gefäß, das Inhalt haben muß. Der Zustand des Aufeinander-angewiesenen-Selbst der Schüler der verschiedenen Familienherkunft ist allerdings schon ein wichtiger Richtungsweiser im Sinne sozialer Erziehung zu sehen. Die Erziehung zur Nation erfordert darüber hinaus aber noch eine positive Inhabungsbildung. Wir können dabei die beiden oben zitierten Worte des Reichstagsleiters „Volkstum und Muttererbe“ zu alten Forderungen der deutschen Lehrerschaft in Beziehung bringen, wenn wir sie in deren Sprache überlegen „Deutsches Volkstum und Heimatliebe“.

Wer die Tat der pädagogischen Literatur, wer die angeführte Menge von Arbeit ansieht, die die Lehrerschaft in ihrem Studium, in erster Fachverteilung und Selbstfortbildung geleistet hat, erkennt, welche hohe Bedeutung der Heimat bei dem Volkstum als des Begründungs, aus dem die Schularbeit immer und immer wieder schöpft. (...)

Zu diesem letzteren kann die Schule beitragen durch Erziehung zu allgemeiner Menschenliebe, wie sie uns die größten Führer christlichen und bürgerlichen Weltlebens gelehrt haben. (...)

Deutschen haben ein ganz besonderes Interesse daran, unserer Kulturpflege und Kulturarbeit im Frieden nachgehen zu können.

Wir danken dem Reichsbankier das Wort: „Deutschland wünscht den Frieden und die Freundschaft mit der ganzen Welt.“ Die Befriedung der Welt kann aber nicht geschehen ohne die Schule. (...)

Zur persönlichen Mündigkeit gehört aber auch die Erfüllung mit Lebensmut und Selbständigkeit. Hierzu haben wir Hamburg ein besonderes Wort zu sagen. Der Direktorial hat vor kurzem in Hamburg die Worte gesprochen: „Wir müssen die Persönlichkeitsrechte zur Entfaltung bringen. Es ist das Ideal der Nation: Erziehung zur Verantwortung, Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit, Eigenständigkeit und Lebensfreude. Das hat die Kultur der Hanfschäfte ausgemacht.“ Und der Reichsarbeitsminister hat in einer Rede dieser Tage gesagt: „Wir brauchen nicht mehr gehörende Unterrichten, sondern bewacht mitarbeitende, selbstbewusste Staatsbürger.“ Selbständigkeit und Selbstarbeit kann nur in einer Schule geübt werden, die auf Selbstverantwortung aufgebaut ist. Ein Lehrer, der nicht in jedem Augenblick die Verantwortungsfrage für sein Tun und Handeln durch freie Selbstentscheidung zu beantworten weiß, sondern schon und un- sicher einer Fremdbestimmung entgegenwacht, wird keiner Zu- gennd als Führer imponieren und kann wohl halbtote oder tote, aber keine selbständigen Menschen erziehen. Die Lehrerschaft kann deshalb von ihrer Forderung der Selbstverwaltung die freie Erziehungsperson- lichkeit gehört, versteht sich von selbst. Die aufbauende erziehe- rische Kraft, die in der Freiheit der Erzieherpersönlichkeit gegeben ist, läßt sich durch kein Mittel der Aufsicht oder Einschränkung er- zielen. Wer es gut meint mit der Erziehung, möge das bekannte Herbarische Wort ausweiten in die Formung: „Lehrer müssen gewagt werden, damit sie Knaben zu Männern erziehen.“ Wir gehen deshalb auch nicht ab von der Forderung nach **Gewaltlosei- freiheit**.

Wir haben somit die Forderungen, die die Lehrerschaft 1918 stellte und denen von der gesamten Lehrerschaft der Dolks- und der höheren Schule einmütig zugestimmt wurde und die sie noch heute ebensol einmütig vertritt, wieder aufgestellt. (...) Die Lehrerschaft wird auf die Gaten der neuen Regierung stehen und nicht müde werden, zu mahnen, wenn sie sieht, daß Schule und Jugend selbst werden müssen.

tum und Mütterliche. Über allem muß stehen: Deutschland als Reich, das deutsche Volk als Gemeinschaft.“

Keine nationale Kultur und keine soziale Gestaltung kann auf- gebaut werden ohne die Erziehung. Die Politiker können wohl die Formen der Staats- und Wirtschaftsordnung aufstellen, das Leben selbst, das in diese Formen hineinfrämen soll, können sie nicht machen. Aber die Erzieher können die Jugend für dies Leben vor- bereiten. Wie im November 1918, so treten auch heute wieder die Lehrer als die berufenen Jugendberater hervor und unterbreiten ihr Programm. Es ist das selbe Programm wie damals, es ist das Programm der ewigen Wahrheiten aus dem Schatz, den die großen jahrenden Pädagogen unserer Geschichte gesammelt haben und als dessen Hüter die Lehrerschaft seit mehr als hundert Jahren durch die pädagogische Verpflichtung auf den Geist Pestalozzis eingesetzt ist.

Die Worte „sozial“ und „national“ sind dem deutschen Lehrer vertraut. Sie durchdringen sein Programm.

Die wichtigste und zentrale Forderung der Lehrerschaft ist „die nationale Einheitschule“, wie sie Reichsminister in seinem Vortrag auf der Deutschen Lehrerversammlung in Kiel 1914 geäußert hat und wie sie bereits in der Zeit des nationalen Aufschwungs in Preußen unter der napoleonischen Fremdherrschaft im Säcularen Schulgesetzentwurf den ersten Versuch einer Durch- führung fand. Diese Forderung bezeichnet eine soziale und nationale Notwendigkeit schlechthin. Wir behaupten keine „Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen“. Aber wir leben trotzdem in jedem Menschen einen Wert, eine Anlage, die zu größtmöglicher individueller und kultureller Höhe und Menschenwürde zu erziehen, allgemeine Menschenpflicht ist. Die Schule, die es gewahrt, ohne Rücksicht auf Ständes- oder Konfessionszugehörigkeit der Eltern allen guten Ein- wirkungsbestimmen die besten Bedingungen zur Entfaltung zu bieten, ist die Einheitschule. (...) Wir brauchen die einheitliche nationale Gesamtschule, in der morgens alle Kinder zusammen ihre Schulleben führen und abends die Eltern dieser Kinder die Grenzlinien, die Stamm, Reichstum, Klasse, Konfession, Parteibekennnis zwischen ihnen gezogen haben, vergessen und erkennen, daß praktische Erziehungsbereit geleistet werden muß und kann aus einem Gemeinlichkeits- erleben heraus. Es ist in der Politik wie in der Religion: die Glaubenssätze trennen, aber die praktische Ethik führt zusammen.

So geht die Forderung der Einheitschule über den Rang einer Lehrereinsparfrage hinaus und eröffnet Ausblicke, denen nachzugehen höchstes Erbsenglück im Erleben einer Nation bedeutet. (...)

Unsere „Gesellschaft“.

Kein Wesen kann zu nichts zerfallen! Was die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ in 127 Jahren ihres Bestehens geleistet hat am Ausbau hamburgischer bodenständiger und doch wieder weltöffener, an sozialer und nationaler Geisteskultur, was sie andererseits geleistet hat an Führerschulung, das kann durch den Umbau, mag er vielleicht auch schroff scheinen, nicht aus der Welt geschafft werden. Die besten unseres Standes haben ihre Lebensarbeit in die Arbeit der „Gesellschaft“ hineingebaut. Die „Gesellschaft“ ist geworden aus dem Geiste, aus dem Erleben, aus dem Wollen und Streben, aus Fleisch und Blut führender Männer des hamburgischen Schullebens. Wenn sie vor unserm Blick vorüberziehen, die die heutige Generation noch mit erlebt hat, von Scheel bis Küchler, die Führer im Streit, die Meister des Organisationsgedankens, die Vertreter der Stimme Hamburgs auf den Maisfeldern der deutschen Lehrerschaft, so sehen wir, im Innern erhoben, zu ihnen hinauf. Die neue Zeit stellt neue Männer auf die Kommando-Brücke. Das Schiff bleibt dasselbe. Und die Last des Schiffes, die eine heilige Fracht ist, deutsche Jugend, deutsche Schule, deutsche Lehrerschaft, muß sorgsam weiter getragen werden. Es ist der schönste Zug im Wesen der „Gesellschaft“, daß sie allezeit dem neuen Gedanken zugänglich war. In weiser pfleglicher Wahrung alter Lehr-ideale verstand sie es, frisches Leben immer wieder einzufangen. Und immer zeigte sich, daß dieses frische neue Leben nichts anderes war als eine neue zeitgemäße Form für die alten Ideale. Das Ewige regt sich fort in allen!

Die Wogen gehen hoch. Aber die Wände des Schiffes sind fest gezimmert. Doran denn, alle Mann! Glückhafte Fahrt!

Klebriges Pathos nach dem Ja zur Gleichschaltung: „eine neue zeitgemäße Form für die alten Ideale“ (HLZ 17/1933)

Entlassung von Regimegegnern und Nichtariern wird mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.33 im Reich legalisiert und fortgeführt.

Am 8.4. druckt die HLZ einen Artikel aus der Westfälischen Schulzeitung nach, in dem Adolf Hitler und sein „gigantisches Werk“ bewundert werden. Die Mehrheit der organisierten Lehrer werde ein Staatswesen auf „nationaler und sozialistischer Grundlage“ sowie den Kampf gegen Bolschewismus und „jü-

disches Leihkapital“ unterstützen. In einem anderen Beitrag werden im Schulprogramm der NSDAP „erfreulicherweise zahlreiche Übereinstimmungen bzw. Anklänge an das Schulprogramm des Deutschen Lehrervereins“ entdeckt.

Andererseits werden in der gleichen Ausgabe die entlassenen sozialdemokratischen Schulräte gewürdigt. LehrerInnen, die aus dem Schuldienst entfernt wurden, wird gewünscht, dass „zwischen ihnen und der neuen Zeit das gegenseitige Vertrau-

ensverhältnis eine Zusammenarbeit möglich machen“ werde (HLZ 14-15/1933). Anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler erscheint ein Artikel, in dem dieser lediglich zurückhaltend geehrt wird (HLZ 16/1933).

Initiative für schnelle Gleichschaltung

Nachdem der NSLB Ende März die Leitung der Lehrervereine und -zeitungen im Reich für sich fordert, verhandelt der GdF-Vorstand in Hamburg mit dem Gleichschaltungskommissar von

der Lieth. Gleichzeitig brechen in der GdF alte Spannungen wieder auf, die herrühren aus dem Gegensatz zwischen „Kassenverein“ und linkem „Debatierclub“, der nur einen relativ geringen Teil der Mitgliedschaft aktivieren kann.

Mitglieder der konservativen Gruppe „Aufbau“, die seit 1919 ihre Opposition zur GdF-Führung mit einer eigenen Zeitung verbreitet, melden sich zu Wort. In einem von Johannes Saß unterzeichneten Aufruf vom 10.4. werden Unterschriften für eine a.o. Hauptversammlung gesammelt, um den GdF-Vorstand zum Rücktritt zu bewegen: „Eine einfache Erklärung bisheriger Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, jetzt im nationalen Geist arbeiten zu wollen, genügt nicht.“ Das Curiohaus und die Kassen der GdF könnten beschlagnahmt werden.

In einem Brief an die Vertrauensleute, abgedruckt in der HLZ vom 22.4., weist der GdF-Vorstand den Vorwurf zurück, nicht im „nationalen Geiste“ gearbeitet zu haben. Die GdF könne vor dem Schulprogramm der NSDAP „mit ihrer Arbeit und ihrem Willen bestehen“. Eine Beschlagnahme des Curiohauses und der Kassen stehe nicht bevor; der Vorstand bemühe sich „seit langem um die besten Lösungswege“ (HLZ 16/1933).

Tatsächlich hat sich der Vorstand zu diesem Zeitpunkt bereits für die aktive Mitgestaltung der Gleichschaltung entschieden. Termine für die Durchführung sind mit Gleichschaltungskommissar von der Lieth abgesprochen. Wie der damalige HLZ-Autor Friedrich Kraus später schreibt, scheitert daher der Vorstoß des „Aufbaus“, der GdF noch das „Eseltrittchen“ zu geben.

Gleichschaltung – eine „glückliche Synthese“

Unter der Leitung des Vorsitzenden Gustav Küchler wird mit

Lieth eine Erklärung zur Gleichschaltung entworfen. Außerdem wird eine gemeinsame Liste für die Neuwahl des Vorstands ausgehandelt: 9 Mitglieder des alten Vorstands, 12 aus NSDAP bzw. DNVP. Der Kommissar versichert im Gegenzug – vorbehaltlich eines Reichsgesetzes –, dass die Vermögenswerte der GdF „dem gegenwärtigen Mitgliederbestande ... als Eigentum verbleiben werden“ (HLZ 18/1933).

Am 27.4. beschließt die so vorbereitete Hauptversammlung der GdF bei nur drei Gegenstimmen den Eintritt in den NSLB (Dietrich Rothenberg bleibt 1984 dabei, dass außer ihm noch sechs andere Mitglieder mit Nein stimmten). Für den alten Vorstand ist dies „auf lange Sicht ein großes zukunftssträchtiges Werk“. Die von Rudolf Klug (IOL) geforderte Diskussion über die Vorlage wird mit gleicher Mehrheit abgelehnt.

Zum neuen Vorsitzenden wird Wilhelm Schulz gewählt, zugleich Vorsitzender des NSLB und Oberschulrat für das Volksschulwesen. Neuer Schriftleiter der HLZ wird Heinrich Geffert.

Küchler, der als Beisitzer im Vorstand bleibt, sieht im neuen Vorstand eine „glückliche Synthese“: „zwei lebendige Kraftzentren“, die sich „wechselseitig .. befruchten“ könnten. Er verspricht sich eine weitere Einflussnahme auf die Schulpolitik Hamburgs. Über das Ende der Versammlung vermerkt die HLZ: „Brausender, nicht enden wollender Beifall unterstrich nicht nur den Appell zur Mitarbeit“ nach der Gleichschaltung; er habe auch Küchler gegolten (HLZ 18/1933).

Verkalkuliert

Die Illusionen des alten GdF-Vorstands über die künftigen Möglichkeiten zerplatzen schnell. Schulz stellt zwei Wochen nach dem 27.4. klar: „Es gibt keine Synthese zwischen nichtnationalsozialistischen und

nationalsozialistischen Gedanken.“ Die GdF habe künftig die Aufgabe, NS-Gedankengut pädagogisch umzusetzen (HLZ 20/1933). NSLB-Vertreter machen deutlich, dass sie kein Eigenleben der GdF innerhalb des NSLB zulassen wollen.

Rückblickend betrachtet wurde für die HLZ mit der Wahl von Geffert (kein NSDAP-Mitglied) das vollständige Einschwenken auf NS-Politik noch verschoben. Interner Schriftwechsel im NSLB belegt, dass im Mai 1933 ein Zensor für die HLZ abgelehnt wird, was Geffert noch Spielraum erlaubte. Er leitete die HLZ in der Zeit des Übergangs zum Organ des NSLB und zum Kampfblatt der NS-Bewegung.

Aus heutiger Sicht kann die Entwicklung von GdF und HLZ im Jahr 1933 in erster Linie als Resultat eines Anpassungskurses an die NS-Bewegung betrachtet werden. Dabei wurde nicht aus Sympathie mit den neuen Machthabern gehandelt, sondern ein Versuch zur Rettung von Betätigungsmöglichkeiten und Vermögenswerten unternommen. Mitglieder, die einen entschlossenen Widerstand befürworteten (wie die ab Februar verdeckt wirkenden IOL-KollegInnen), waren nur eine Minderheit.

Ein Vergleich mit den übrigen freien Gewerkschaften zeigt, dass die Tendenz zur Anpassung und Selbstpreisgabe bei der GdF nicht stärker ausgeprägt war. Auch im Hamburger ADGB hoffte die Mehrheit der Führung, die Organisation durch Wohlverhalten und Neutralität gegenüber den Nazis erhalten zu können und rief zur NS-Kundgebung am 1. Mai auf. Am nächsten Tag wurde dennoch – wie anderswo im Reich – das Gewerkschaftshaus besetzt, das Vermögen beschlagnahmt und Gewerkschaftsführer festgenommen.

MANNI HEEDE
(Zuerst erschienen in hlz 5-6/2003)